

N

NACHRICHTEN

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch

ROM

US-Geheimdienst belauschte auch Berlusconi

Das Ausmass des US-Laushangriffs auf europäische Regierungen ist offenbar noch grösser als gedacht. Wie die Römer Tageszeitung «La Repubblica» gestern unter Berufung auf neue Dokumente der Enthüllungsplattform Wikileaks meldete, war auch die Regierung des bis November 2011 in Italien amtierenden Silvio Berlusconi von den Laushangriffen betroffen. Unter anderem sollen Gespräche zwischen Berlusconi und Israels Premier Benjamin Netanjahu aufgezeichnet worden sein. (sda)

WASHINGTON

Obama legt Plan zur Schliessung von Guantánamo vor

US-Präsident Barack Obama hat dem Kongress den lange erwarteten Plan zur Schliessung des Gefangenelagers Guantánamo Bay auf Kuba vorgelegt. Das Lager diene Terroristen zur Propaganda und stelle eine Gefahr für die nationale Sicherheit der USA dar, sagte Obama gestern in Washington. Aktuell befinden sich noch 91 Gefangene in dem Lager. (sda)

BASEL

Coop erzielt weniger Gewinn und weniger Umsatz



Bild Keystone

Der starke Franken und der Druck auf die Preise haben bei Coop nicht nur den Umsatz, sondern auch den Gewinn schrumpfen lassen. Unter dem Strich blieb dem Grosshandelskonzern für das vergangene Jahr ein Gewinn von 416 Millionen Franken. Das sind 11,5 Prozent weniger als 2014. Mit ein Grund für den Rückgang war indes eine Rückstellung von 60 Millionen Franken für die Pensionskasse, wie Coop-Chef Joos Sutter gestern vor den Medien sagte. Mit dem Ergebnis zeigte sich Sutter insgesamt zufrieden. (sda)

FRANKFURT

Neuer Anlauf für gigantische Börsenfusion

Die Deutsche Börse wagt einen neuen Anlauf für einen Zusammenschluss mit der London Stock Exchange (LSE). 2005 war der letzte Versuch gescheitert, beide Unternehmen zu verschmelzen. Sollte der Deal jetzt gelingen, würde der mit Abstand grösste Börsenbetreiber in Europa entstehen. (sda)



Der Piranha-Radschützenpanzer: Seit Wochen ist die Ausfuhr von 400 Stück der neuesten Generation nach Katar ein Streitpunkt im Bundesrat.

Bild Keystone

Eine Analyse zur Ausfuhr von Kriegsmaterial

Die Rüstungsindustrie ist schon zügellos genug

Schweizer Rüstungsfirmen exportierten 2015 so wenig Kriegsmaterial wie nie seit 2006, obwohl die Politik die Gesetzgebung bereits stark gelockert hat. Jetzt überlegt der Bundesrat gar, wieder Ausfuhren in Staaten zu genehmigen, die in Jemen Krieg führen. Das wäre ein falsches Zeichen.

von Dennis Bühler

Die Schweizer Rüstungsindustrie leidet: Seit Jahren ist Europa ihr wichtigster Absatzmarkt, im Vergleich zu 2014 aber ist der Export in europäische Staaten im vergangenen Jahr um mehr als 30 Prozent eingebrochen. Ob das auf Flugabwehrkanonen spezialisierte Zürcher Unternehmen Rheinmetall Air Defence, die Thurgauer Panzer-Expertin Mowag oder der Bundesbetrieb Ruag, einer der weltweit grössten Exporteure von Kleinkaliber-Munition: keine Rüstungsfirma, der die Frankenstärke nicht zu schaffen machen würde.

Das Wehklagen ist laut. 7500 Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel, hiess es in einem offenen Brief, mit dem sich mehrere Wirtschaftsverbände vor ein paar Tagen an den Bundesrat wandten. Bereits reagierten einige Unternehmen mit der Einführung von Kurzarbeit, andere bauten Personal ab.

Weniger Exporte, mehr Bewilligungen

Die neuesten Zahlen, die das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gestern in Bern präsentierte, bestätigen zwar den kurzfristigen Niedergang der Rüstungsindustrie, nähren aber gleichzeitig auch deren Hoffnung auf baldige Erholung. Denn auch wenn Schweizer Unternehmen im vergangenen Jahr für lediglich 447 Millionen Franken Kriegsmaterial exportiert haben, was dem tiefsten Wert seit 2006 und im Vergleich zu 2014 einem Rückgang um 21 Prozent entspricht, ist das Volumen neuer Bewilligungen 2015 um 35 Prozent auf 769 Millionen Franken gestiegen.

Entsprechend ist in den nächsten Jahren – wenn den erteilten Bewilligungen tatsächliche Ausfuhren folgen – ein Exportanstieg zu erwarten. Jahresbilanzen sind nun mal mit Vorsicht zu geniessen. Erst recht bei jenen Geschäften, die sich über mehrere Jahre erstrecken.

447

Millionen Franken

betrug der Wert des **Kriegsmaterials**, welches Schweizer Rüstungsfirmen im Jahr 2015 in 71 Länder exportierten – ein **Rückgang um 21 Prozent** zu 2014.

Der Bundesrat tut deshalb gut daran, der Rüstungsindustrie nicht noch weiter entgegenzukommen. Zum einen, weil die Gesetzgebung für Waffenexporte in den vergangenen Jahren bereits gelockert worden ist; zum anderen, weil mehr Schweizer Kriegsmaterialexporte – und vor allem Lieferungen an zwielichtige Abnehmer – den Erfolg der Schweizer Friedens- und Neutralitätsdiplomatie gefährden würden.

Ende 2014 stimmte das Parlament der Revision der Kriegsmaterialverordnung zu: Seither können Exportgesuche bewilligt werden, wenn das Risiko gering erscheint, dass das auszuführende Kriegsmaterial zur Begehung von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wird. Zwar soll die Wirkung dieses Artikels bisher marginal sein, wie Simon Plüss, Leiter Rüstungskontrolle des Seco, sagt. Er habe einzig eine Lieferung von Fliegerabwehr-Systemen nach Pakistan ermöglicht. Dennoch bleibt dieser Passus stossend: Sollen Schweizer Firmen Waffen liefern dürfen, auch wenn man um das Risiko weiss, dass diese gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden könnten? Sollen sie Waffen liefern dürfen, weil diese «bloss» zu «nicht schwerwiegenden» Menschenrechtsverletzungen taugen?

Gerne beklagen sich die Vertreter der hiesigen Rüstungsindustrie, sie verfügten über kürzere Spiesse als ausländische Konkurrenten.

Zwar mag das stimmen, wenn man sich mit ganz bösen Knaben wie den USA, China oder Russland vergleicht, ja es mag gar für Deutschland zutreffen, das seit Jahren unter anderem fleissig nach Katar und Saudi-Arabien liefert; doch gemäss international vergleichbaren Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts vom Montag ist die Schweiz der elft-grösste Waffenexporteur der Welt und pro Kopf hinter Israel gar die Weltnummer zwei.

Wie weiter mit dem Moratorium?

Vor elf Monaten haben die Verantwortlichen im Seco ein Moratorium beschlossen: Seither liegen sämtliche Exportgesuche in Staaten, die in den Jemen-Konflikt involviert sind, auf Eis. Dabei handelt es sich um Saudi-Arabien, Katar, Kuwait, Jordanien, Ägypten, die Arabischen Emirate sowie Bahrain, wie das Seco der «Südostschweiz» im November mitteilte (seither verzichtet es darauf, die Staaten öffentlich zu benennen). Schweizer Rüstungsfirmen entgingen dadurch «substanzielle Geschäfte», sagte Plüss gestern. Ganz abzuschreiben braucht die Industrie diese Einnahmen aber noch nicht. Nun nämlich liegt der Ball beim Bundesrat.

Seit Wochen streiten insbesondere Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und Aussenminister Didier Burkhalter über diverse Rüstungsgeschäfte, darunter die Lieferung von 400 Piranha-Radschützenpanzer der Firma Mowag ins Emirat Katar. Schneider-Ammann, der ehemalige Chef des Verbandes der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, will die Gesuche bewilligen und so Arbeitsplätze sichern. Burkhalter, der Kosmopolit, fürchtet um das Ansehen der Schweiz und seine diplomatischen Erfolge, die ihm erst diesen Monat prestigeträchtige Schutzmandate für den Iran und für Saudi-Arabien einbrachten.

Derjenige der beiden FDP-Magistraten, der drei Bundesratskollegen auf seine Seite ziehen kann, gewinnt. Burkhalter dürfte bessere Karten haben. Und er hat auch bessere Argumente.

Auf dem Laufenden bleiben

Über die Kanäle der Südostschweiz sind Sie stets gut informiert.



Online suedostschweiz.ch



Facebook [Zeitung Südostschweiz](https://www.facebook.com/zeitung.suedostschweiz)



Twitter [@suedostschweiz](https://twitter.com/suedostschweiz)



Instagram [so_bildredaktion](https://www.instagram.com/so_bildredaktion)